



Niederschrift

38. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Sitzungstermin:	Mittwoch, 04.07.2007
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:53 Uhr
Ort, Raum:	Stadtverwaltung Potsdam, Haupthaus, Fr.-Ebert- Str. 79-81, Plenarsaal

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Herr Dr. Grittner, Wolfgang	DIE LINKE	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE	
Herr Kaminski, Peter	DIE LINKE	
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE	
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Frau Nitsche, Juliane	DIE LINKE	
Frau Oldenburg, Brigitte	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Herr Scharlock, Dieter	DIE LINKE	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	
Frau Blume, Marie	SPD	
Frau Geywitz, Klara	SPD	
Herr Kirsch, Wolfhard	SPD	anwesend ab 17:08 Uhr
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	anwesend ab 17:12 Uhr
Herr Dr. Przybiski, Helmut	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	
Frau Lehmann, Sieglinde	CDU	
Herr Lehmann, Peter	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	

Frau Hüneke, Saskia Frau Dr. Lotz, Brigitte Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen Bündnis 90/Die Grünen Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 17:35 Uhr
Herr Arndt, Gerhard Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP BürgerBündnis/FDP	anwesend ab 17:05 Uhr
Herr Gohlke, Dieter Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI FAMILIEN-PARTEI	
Herr Brödno, Sven Frau Keilholz, Monika Frau Kirchner, Irene	Die Andere Die Andere Die Andere	anwesend ab 17:05 Uhr anwesend ab 17:02 Uhr
Herr Schwemmer, Günther	DVU	anwesend ab 17:02 Uhr

Ortsbürgermeister/Ortsbürgermeisterin

Herr Klemund, Andreas
Herr Schwericke, Wolfgang
Frau Langenhoff, Doris Maria
Herr Becker, Hans
Herr Bendyk, Dietmar
Herr Menzer, Dietrich

in Vertretung des Ortsbürgermeisters

Oberbürgermeister und Beigeordnete

Herr Jakobs, Jann Oberbürgermeister
Herr Exner, Burkhard, Beigeordneter
Frau Fischer, Gabriele, Beigeordnete
Frau Müller, Elona, Beigeordnete
Frau Dr. von Kuick-Frenz, Elke, Beigeordnete

Nicht anwesend sind:

Herr Kutzmutz, Rolf	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Näder, Volkmar	CDU	entschuldigt
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt
Herr Mohr, Ulf	Ortsbürgermeister	entschuldigt
Herr Gutschmidt, Stefan	Ortsbürgermeister	entschuldigt
Herr Reiter, Hartmut	Ortsbürgermeister	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 06.06.2007
- 2 Kommunalen Finanzierungsanteil für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des SGB II in der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (PAGA)
Vorlage: 07/SVV/0289
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz
- 3 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2007 bis 2008/2010
Vorlage: 06/SVV/0968
Oberbürgermeister, FB Jugendamt

- 4 Haushaltssicherungskonzept 2007 - 2010
Vorlage: 07/SVV/0483
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 07/SVV/0486
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 6 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2008
Vorlage: 07/SVV/0578
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 7 Entscheidung über die Abwägung der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung sowie den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan SAN-P 10 "Landtagsneubau"
Vorlage: 07/SVV/0477
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 8 Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Änderungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 7 "Berliner Straße/Havelseite", Teilbereich Berliner Straße 75 G bis 75 L der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 07/SVV/0579
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 06.06.2007

Sitzungsleitung:

Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Frau Müller

Feststellung der Beschlussfähigkeit gemäß § 17 der Geschäftsordnung

Von den 50 Stadtverordneten sind zu Beginn der Sitzung (lt. Eintragung in der Anwesenheitsliste) 41 anwesend; das sind 82 %. Damit ist die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig.

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Redezeitbegrenzungen:

Der **Ältestenrat empfiehlt** für die Tagesordnungspunkte 3 bis 6 (Vorlagen zum Haushalt 2007) eine Redezeitbegrenzung von 5 Minuten pro Fraktion plus Nachfragen.

Diese Empfehlung wird **mit Stimmenmehrheit bestätigt.**

Im Weiteren **empfiehlt der Ältestenrat** eine Redezeitbegrenzung zum Tagesordnungspunkt 7 von 5 Minuten pro Fraktion plus Nachfragen.

Diese Empfehlung wird **mit Stimmenmehrheit bestätigt.**

Änderungen der Tagesordnung gemäß § 12 der Geschäftsordnung

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP
DS 07/SVV/0593, betr.: Sanierung der Schwimmhalle Am Brauhausberg

Die Begründung der Dringlichkeit erfolgt durch die Stadtverordnete Bankwitz namens der Fraktion BürgerBündnis/FDP.

Der **Ältestenrat** gibt **keine Empfehlung** ab.

Abstimmung:

Die Dringlichkeit der o. g. DS und damit die Aufnahme in die Tagesordnung wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 8 Ja-Stimmen.

Die DS 07/SVV/0593 wird in die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung im September aufgenommen.

Weitere Hinweise gibt es nicht.

Die **Tagesordnung** der 38. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt.**

Bestätigung der Niederschrift gemäß § 31 der Geschäftsordnung

Niederschrift der 37. öffentlichen Sitzung

Zu den in der Sitzung vom 02.05.2007 erbetenen schriftlichen Ausführungen des Oberbürgermeisters bezüglich der Trambrücke bemerkt die Stadtverordnete Kirchner, dass die Fraktion Die Andere diese nach wie vor nicht erhalten habe.

In die Niederschrift ist die Erklärung des Oberbürgermeisters Herrn Jakobs aufzunehmen, dass die Information „binnen dieser Woche zugehen werde.“

Abstimmung:

Die Niederschrift der 37. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 06.06.2007 wird

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

zu 2 Kommunalen Finanzierungsanteil für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des SGB II in der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (PAGA)

Vorlage: 07/SVV/0289

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt, dass der Hauptausschuss, als federführender Ausschuss, sich dem Thema annehmen und nach Vorlage der noch ausstehenden Unterlagen eine abschließende Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung geben solle.

Der **Hauptausschuss** hat nachfolgenden Änderungsvorschlag des Beschlusstextes zur Kenntnis genommen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Angebot der Agentur für Arbeit Potsdam, die Kündigung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zum 31.12.2007 unter der Bedingung zurückzunehmen, dass der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (PAGA) ein Kommunalen Finanzierungsanteil (KFA) für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des SGB II ab dem 01.07.2007 in Höhe von 12,6% des Gesamtverwaltungskostenbudgets gezahlt wird, anzunehmen.

Darüber hinaus ist dieser KFA bis 31.12.2008 festzuschreiben.

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziales** hat vor der StVV eine Sondersitzung durchgeführt und die Vorlage im Ergebnis (da er nicht beschlussfähig war) zur Kenntnis genommen.

Von der Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz Frau E. Müller werden anschließend weiterführende Informationen zum Beratungsgegenstand gegeben.

Abstimmung:

Der vorgeschlagene geänderte Beschlusstext wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Angebot der Agentur für Arbeit Potsdam, die Kündigung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zum 31.12.2007 unter der Bedingung zurückzunehmen, dass der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (PAGA) ein Kommunalen Finanzierungsanteil (KFA) für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des SGB II ab dem 01.07.2007 in Höhe von 12,6% des Gesamtverwaltungskostenbudgets gezahlt wird, anzunehmen.

Darüber hinaus ist dieser KFA bis 31.12.2008 festzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

zu 3 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2007 bis 2008/2010

Vorlage: 06/SVV/0968

Oberbürgermeister, FB Jugendamt

Der Hauptausschuss und der Ausschuss für Bildung und Sport haben die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Der Jugendhilfeausschuss hat der Vorlage mit der Änderung zugestimmt, im Jugendförderungsplan zu berücksichtigen, dass die Finanzierung notwendiger zusätzlicher Schulsozialarbeiterstellen gemäß der derzeitigen Bedarfsanalyse entsprechend dem Antrag 07/SVV/0308 nicht zu Lasten der bisher im Jugendförderplan vorgesehenen Mittel erfolgt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Jugendförderplan mit den ausgewiesenen inhaltlichen Schwerpunkten und Aufgaben einschließlich der Anlagen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei 4 Gegenstimmen

und einigen Stimmenthaltungen.

zu 4 Haushaltssicherungskonzept 2007 - 2010

Vorlage: 07/SVV/0483

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

Die Voten der Ausschüsse sowie der Ortsbeiräte wurden den Stadtverordneten mit den „Stellungnahmen der Ausschüsse“ ausgereicht.

Der nachfolgende Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses mit dem Wortlaut:

Die Finanzierung notwendiger zusätzlicher Schulsozialarbeiterstellen gemäß der derzeitigen Bedarfsanalyse entsprechend dem Antrag 07/SVV/0308 erfolgt nicht zu Lasten der bisher im Jugendförderplan vorgesehenen Mittel. Der Änderungsantrag ist im Jugendförderplan zu berücksichtigen. Die Rücknahme der Kürzung der 4 Stellen ab 2007 im Bereich §§ 11 bis 14 und die Aufstockung im Bereich der präventiven Angebote um weitere 2 Stellen.

wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

bei 12 Ja-Stimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Das Haushaltssicherungskonzept 2007 – 2010 wird als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Jahr 2007 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2007

Vorlage: 07/SVV/0486

Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service

Die Voten der Ausschüsse und der Ortsbeiräte wurde den Stadtverordneten mit den „Stellungnahmen der Ausschüsse“ ausgereicht.

Den Stadtverordneten wurde im Weiteren am 02.07.2007 eine Übersicht aller von der Verwaltung vorgeschlagenen sowie von den Fraktionen beantragten "Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2007" ausgereicht. Zu den von den Fraktionen beantragten Änderungen und Ergänzungen hat die Verwaltung ohne jede Wertung auf die grundsätzliche Möglichkeit der Umsetzung des Vorschlages hingewiesen. Im Weiteren ist in den Listen das **Votum des Ausschusses für Finanzen** zu diesen Änderungs- und Ergänzungsanträgen dokumentiert.

Nach der Einbringung der Haushaltsvorlagen (Tagesordnungspunkte 3, 4, 5 und 6) geben die Vorsitzenden der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, BürgerBündnis/FDP, Die Andere und Familien-Partei (im Rahmen der vereinbarten Redezeit) ihre Statements ab.

Danach erhält der Stadtverordnete Schwemmer, DVU, das Wort.

Nachdem der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Service die Nachfrage des Stadtverordneten Brödnö, Fraktion Die Andere, beantwortet hat und es keine weiteren Nachfragen gibt, schlägt die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Frau Müller folgende Reihenfolge in der Abstimmung vor:

- die Änderungsliste der Verwaltung;
- die von den einzelnen Fraktionen beantragten Änderungen;
- die vom Jugendhilfeausschuss beantragten Änderungen;
- die Änderungsanträge der Ortsbeiräte

und anschließend die Gesamtvorlagen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

Nachstehend erscheinen die **Ergebnisse der Abstimmung zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Abstimmung:

Die „**Änderungsliste der Verwaltung**“ wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei 5 Gegenstimmen

und einigen Stimmenthaltungen.

Es erhebt sich kein Widerspruch zum Vorschlag der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, über die Änderungen, denen der Ausschuss für Finanzen zugestimmt hat, **im Block** abzustimmen.

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE:

Ergebnishaushalt

- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer – Änderung auf 87.000 Euro
- Aufwendungen Städtepartnerschaften – Erhöhung um 10.000 Euro
- Zuschüsse an freie Träger und Vereine, Ausländerbeauftragte – Erhöhung um 2.000 Euro
- Sonstige ordentliche Aufwendungen StVV, Vorschlag neue Produkt-Zuordnung – 28104 Bürgerschaftliches Engagement – Änderung auf 5.000 Euro

- Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen – Änderung auf 5.000 Euro
- 1,5 Stellen Jugendarbeit – Änderung auf 57.000 Euro,
- ordentliche Aufwendungen Sachausgaben Kulturmarketing – Erhöhung um 10.000 Euro,
- Spielsand – Erhöhung um 8.000 Euro.

Abstimmung:

Die o. g. Änderungen werden

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei 4 Gegenstimmen
und 2 Stimmenthaltungen.

Haushaltsbegleitender Antrag:

Prüfauftrag: kostenlose Teilnahme am Schulessen für besonders bedürftige Schüler

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Stimmenthaltungen.

Nachdem die Stadtverordnete Kirchner, Fraktion Die Andere, in einem Geschäftsordnungsantrag die Abstimmung ihres weitergehenden Antrages beantragt hat, wird dieser zur Abstimmung gestellt:

Änderungsantrag Fraktion Die Andere, Investitionen:

Installation und Wartung blindengerechter Ampelanlagen (Erhöhung um 120.000 Euro)

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 6 Ja-Stimmen.

Die Abstimmung der von der Fraktion DIE LINKE beantragten Änderungen wird fortgesetzt.

Investitionen

Blindengerechte Ampel, Zweckbindung, Erhöhung um 13.500 Euro

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Erarbeitung des Realisierungskonzeptes in Vorbereitung der Sanierung des Naturkundemuseums, 5.000 Euro, neu, in Position 7 des Ergebnishaushaltes, Deckung aus Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei 1 Gegenstimme
und mehreren Stimmenthaltungen.

Änderungsanträge der Fraktion SPD:

Ergebnishaushalt:

Zuschuss zum Familienpass, Erhöhung um 5.000 Euro

mit Stimmenmehrheit angenommen.

bei 2 Gegenstimmen
und einigen Stimmenthaltungen.

Haushaltsbegleitender Antrag:

Suchtprävention für Kinder wird auf dem Niveau von 2007 und für die Folgejahre verstetigt

mit Stimmenmehrheit angenommen.

bei 5 Stimmenthaltungen.

Änderungsanträge der Fraktion CDU:

Ergebnishaushalt:

Die kulturpolitischen Konzepte, die im Herbst 2007 durch den Ausschuss für Kultur und die Stadtverwaltung der StVV zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen und die ebenfalls im Herbst 2007 zu erwartende Entscheidung über einen neuen Standort des Potsdam-Museums – Altes Rathaus oder Brocksches Haus – werden im HSK und dessen Folgejahre eine Umschichtung der Haushaltsmittel für den Fachbereich Kultur und Museum erforderlich machen.

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Ersatz der auf dem Schulcampus Kurfürstenstraße befindlichen Baracke (Nutzung durch Fröbelhort) ist im Ergebnis des Workshops vom 22./23.06.07 sicherzustellen.

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Änderungsantrag der Fraktion CDU (als TISCHVORLAGE ausgereicht):

Der Oberbürgermeister wird mit der Prüfung beauftragt, in welcher Art und Weise die Grundsteuerpflichtigen nach Grundsteuer A ebenfalls angemessen an den von der Stadt an die Wasserverbände zu zahlenden Beiträgen beteiligt werden (sachgerechte Verteilung unter allen Grundstückseigentümern).

Der Prüfumfang ist auf die rechtliche Zulässigkeit der Erhebung von Gebühren über eine Steuer zu erweitern. Eigentlich regelt der § 8 KAG das Verfahren eindeutig.

Es ist zu prüfen, ob die Erhebung der Wasser- und Bodenverbandsgebühren durch den Wasser- und Bodenverband erfolgen kann. Auf jeden Fall muss die Angelegenheit bis zur Haushaltsdiskussion 2008 rechtssicher geklärt werden.

mit 26 Ja-Stimmen **angenommen.**
bei einigen Gegenstimmen
und zahlreichen Stimmenthaltungen.

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ergebnishaushalt:

Aufwendungen für die Schülerbeförderung, Erhöhung um 70.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 9 Ja-Stimmen.

Personalaufwendungen (für Kulturmarketing/ZKS), Erhöhung um 43.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 3 Ja-Stimmen.

Gerichts-, Anwalts-, Notar- und Gerichtsvollzieherkosten usw., Reduzierung um 30.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 5 Ja-Stimmen
und zahlreichen Stimmenthaltungen.

Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen – Reduzierung um 5.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 4 Ja-Stimmen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen GB 4 – Reduzierung um 25.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 3 Ja-Stimmen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Winterdienst – Reduzierung um 53.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 3 Ja-Stimmen.

Ergänzungsantrag - Änderung in der Produktbeschreibung

Satz 1: Die Ausgaben für Bürgerhaushalt und Bürgerkommune sind als Unterprodukt im Produkt 11191 – Zentrale Steuerungsunterstützung auszuweisen.

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 6 Ja-Stimmen.

Satz 2: Bei den Zielgruppen sollte hinzugefügt werden: „Einwohnerinnen und Einwohner“.

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Investitionen:

Ausbau innerstädtischer Radwege – Erhöhung um 180.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 10 Ja-Stimmen.

Verkehrsberuhigung Schulwegsicherung – Erhöhung um 20.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 13 Ja-Stimmen.

Sanierung Spielplätze Bereich Grünflächen – Erhöhung um 15.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 16 Ja-Stimmen.

Die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragten Investitionen Folgejahre (2008 bis 2010) wurden von der Antragstellerin **zurückgezogen**.

Änderungsanträge der Fraktion Die Andere:

Ergebnishaushalt:

Steuern und ähnliche Abgaben – Erhöhung um 806.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 3 Ja-Stimmen.

Aufwendungen:

Essengeldübernahme für bedürftige Schüler und Jugendliche – Erhöhung um 450.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 5 Ja-Stimmen.

Zu der beantragten Änderung – 7 zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit (Erhöhung um 266.000 Euro) - erklärt die Stadtverordnete Kirchner namens der Fraktion Die Andere, dass der Antrag **zurückgezogen** werden könne, wenn der Oberbürgermeister zusage, mit den Schulen zusammen eine Bedarfsermittlung zu den Schulsozialarbeitern durchzuführen und zum nächsten Haushalt eine abgestimmte Bedarfsanalyse vorzulegen, die in den Haushalt 2008 aufgenommen werden könne“. Der Oberbürgermeister Herr Jakobs gibt die Zusicherung zu Protokoll, dass die o. g. Änderung im Zusammenhang mit dem Prüfauftrag der Fraktion SPD (**DS 07/SVV/0125**) untersucht werde.

Somit ist dieser Änderungsantrag **zurückgezogen**.

1 zusätzliche Stelle für den Bereich Baumschutz/Baumpflege – Erhöhung um 30.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 9 Ja-Stimmen.

Betriebskostenzuschüsse für freie Träger Kulturträger - Erhöhung um 50.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 9 Ja-Stimmen.

Maßnahmen der Gesundheitspflege - Durchführung einer repräsentativen
Untersuchung des alters-, geschlechts- und zielgruppenspezifischen Drogenkonsums
in Potsdam – Erhöhung um 50.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 5 Ja-Stimmen.

Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten – Reduzierung um 50.000 Euro -

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 7 Ja-Stimmen.

Änderungsanträge der Fraktion Familien-Partei
Ergebnishaushalt

Steuern und ähnliche Abgaben – Erhöhung um 134.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 2 Ja-Stimmen.

Aufwendungen

Förderung des Sports – Erhöhung um 10.000 Euro lt. Votum des Finanzausschusses

Entsprechend der Festlegung im Ausschuss für Finanzen gibt der Beigeordnete für
Zentrale Steuerung und Service Herr Exner zu Protokoll: mögliche **Deckungsquelle:**
„Umsatzsteuer“

einschließlich der o. g. Deckungsquelle - **mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Personalaufwendungen (2 Personalstellen als Hundestreife einrichten) – Erhöhung um
76.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

Zuschüsse an freie Träger und Vereine (1 Personalstelle im Bürgerhaus Sternzeichen)
- Erhöhung um 38.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 6 Ja-Stimmen.

Änderungen des Jugendhilfeausschusses:
Ergebnishaushalt:

Sachmittel – Erhöhung um 20.000 Euro

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 15 Ja-Stimmen.

Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf – Ortsbeirat Golm

(Abstimmung im Block) **mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf – Ortsbeirat Neu Fahrland
unter Berücksichtigung des Hinweises zu den Folgekosten

(Abstimmung im Block) mit Stimmenmehrheit angenommen.

Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf – Ortsbeirat Satzkorn

Unter Berücksichtigung des Hinweises zu den Folgekosten, insbesondere zur Nr. 3
„Errichtung Bürgerzentrum“

(Abstimmung im Block) **mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf – Ortsbeirat Groß Glienicke

(Abstimmung im Block) **mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Entsprechend dem Antrag der Fraktion Die Andere ist die Behandlung der Vorlagen zum Haushalt 2007 *wörtlich* in die Niederschrift aufzunehmen. Die wörtliche Wiedergabe ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2007 mit doppischem Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen.
Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).**

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**
bei 6 Gegenstimmen
und einigen Stimmenthaltungen.

zu 6 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2008

Vorlage: 07/SVV/0578

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

Der Ausschuss für Finanzen hat der Vorlage zugestimmt.

Die Vorlage wird vom Beigeordneten für Zentrale Steuerung und Service Herrn Exner eingebracht.

Änderungsantrag:

Namens der Fraktion DIE LINKE beantragt der Stadtverordnete Dr. Scharfenberg:

Die Punkte 3 bis 5 werden aus dem Beschlusstext gestrichen.

Abstimmung:

Diese Änderung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Die mit dem Haushaltsplan 2007 zugleich für das Haushaltsjahr 2008 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung sind Grundlage für die Haushaltsplanung der Landeshauptstadt Potsdam. Bei der Aufstellung des Ergebnishaushaltes für das Haushaltsjahr 2008 sind die beigefügten Budgetvorgaben für die Geschäftsbereiche zu Grunde zu legen (Anlage 1).**
- 2. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.**

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

bei 7 Gegenstimmen

und einigen Stimmenthaltungen.

zu 7 Entscheidung über die Abwägung der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung sowie den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan SAN-P 10 "Landtagsneubau"

Vorlage: 07/SVV/0477

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Mit Schreiben vom 26.06.2007 hat der Oberbürgermeister folgende „Änderungen nach Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB“ mitgeteilt, die den Stadtverordneten schriftlich ausgereicht wurden:

- 1. Zusätzliche textliche Festsetzung Nr. 1.3 mit folgendem Wortlaut:
*Im Sondergebiet SO 4 werden die festgesetzten baulichen und sonstigen Nutzungen und Anlagen mit dem Tag nach der Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses „Verkehr Potsdam Mitte“ gemäß § 28 Abs. 1 PbefG sowie der Umstufung (Abstufung) der Bundesstraße 1 – Teilbereich Friedrich-Ebert-Straße – gemäß § 2 Abs. 4 FStrG zulässig.
Rechtsgrundlage ist § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (bedingtes Baurecht).***
- 2. Streichung des Hinweises Nr. 8**
- 3. Änderung der Begründung**

Der **Ausschuss für Stadtplanung und Bauen** hat die eingebrachte geänderte Fassung mit der zusätzlichen textlichen Festsetzung im Punkt 1.3 **abgelehnt.**

Die DS 07/SVV/0477 wird vom Oberbürgermeister Herrn Jakobs eingebracht; die o. g. Änderungen werden von ihm erläutert.

Anschließend erfolgen Statements der Fraktionen DIE LINKE, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Andere innerhalb der vereinbarten Redezeit.

Ergänzungsantrag:

Die Stadtverordnete Hüneke beantragt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlusstext ist um einen Punkt 3 zu ergänzen:

In zahlreichen Stellungnahmen haben Potsdamerinnen und Potsdamer den Beschluss des Landtages vom Mai 2005 zum neuen Landtagsgebäude und seine Festlegungen zur äußeren Gestaltung befürwortet. Mit der Empfehlung, sie bei der Beurteilung der Entwürfe zu berücksichtigen, werden sie dem Bauherrn zur Verfügung gestellt. Die öffentliche Zugänglichkeit des Innenhofes soll gewährleistet werden.

Abstimmung:

Dieser Ergänzungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 10 Ja-Stimmen.

(In seinem Redebeitrag hat der Stadtverordnete Dr. Scharfenberg namens der Fraktion DIE LINKE **vorgeschlagen**, dass sich der **Hauptausschuss des Landtages und der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung möglichst noch in diesem Jahr in einer gemeinsamen Beratung mit der künftigen Ausgestaltung des neuen Landtages befassen sollten.**)

Entsprechend dem Antrag der Fraktion Die Andere ist die Behandlung der Vorlagen zum Haushalt 2007 *wörtlich* in die Niederschrift aufzunehmen. Die wörtliche Wiedergabe ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Über die o. g. DS wird gemäß dem Antrag der Fraktion Die Andere **namentlich abgestimmt.**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß §1 Abs. 7 BauGB wird über die **Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden an der Bauleitplanung für den Bebauungsplan SAN-P 10 „Landtagsneubau“** entschieden (s. Anlage 2).
2. Der **Bebauungsplan SAN-P 10 „Landtagsneubau“** wird in der vorliegenden Fassung gemäß § 10 BauGB als **Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt** (s. Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

(in namentlicher Abstimmung)

Zustimmung: 35

Ablehnung: 10

Stimmenthaltungen: 3

zu 8 Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Änderungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 7 "Berliner Straße/Havelseite", Teilbereich Berliner Straße 75 G bis 75 L der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 07/SVV/0579

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Der Oberbürgermeister hat um Abstimmung ohne Ausschussüberweisung gebeten.

Die Vorlage wird von der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Frau Dr. v. Kuick-Frenz eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Änderungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 7 „Berliner Straße/Havelseite“, Teilbereich Berliner Straße 75 G bis 75 L der Landeshauptstadt Potsdam (s. Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Gegenstimmen

und einigen Stimmenthaltungen.

B. Müller

Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Anlagen:

- Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur DS 07/SVV/0477
- wörtliche Wiedergabe von Redebeiträgen